



LÄNDERBÜRO POLEN

BERICHT JULI 2003 – JULI 2004

Zusammenfassung

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 verwirklichte Polen eines seiner wichtigsten strategischen Ziele, das, nach der demokratischen Wende 1989 formuliert, innerhalb der letzten 15 Jahre von den wechselnden Regierungen konsequent verfolgt worden war. Doch am Ziel angelangt zeigte Polen eher ein müdes Gesicht – der anfängliche Enthusiasmus der polnischen Gesellschaft für die „Rückkehr nach Europa“ wich nach den Anstrengungen der notwendigen Anpassungsprozesse an die EU-Normen zum Teil Skepsis und Befürchtungen.

In der zweiten Jahreshälfte 2003 sank kontinuierlich das Vertrauen der polnischen Bevölkerung in den amtierenden Ministerpräsidenten Leszek Miller und seine Regierung. Millers Rücktritt am 2. Mai 2004 konnte die Spaltung der Demokratischen Linksallianz (SLD) nicht verhindern.

Die Beteiligung der polnischen BürgerInnen an den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) am 13. Juni 2004 fiel mit 20,7 Prozent geringer aus, als erwartet. Die Wahlergebnisse fügten sich in den EU-weiten Trend ein: Die WählerInnen strafte die regierenden Parteien ab, indem sie für die oppositionellen Kräfte stimmten. Die im September 2003 gegründete Partei der „Grünen 2004“ erreichte bei der EP-Wahl eine Unterstützung von lediglich 0,27 Prozent der WählerInnen.

Innerhalb der letzten zwölf Monate beschäftigte die Auseinandersetzung um die Europäische Verfassung die polnische Politik und Öffentlichkeit. Trotz starker Vorbehalte gegenüber dem Verfassungsentwurf stimmte die polnische Regierung auf dem Gipfeltreffen in Brüssel (Juni 2004) dem Kompromissvorschlag der irischen Präsidentschaft zu.

Aus der Perspektive eines künftigen EU-Mitgliedsstaates stellte die polnische Regierung im Januar 2004 ein „Konzept für eine EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarn“ in Brüssel vor, das im Mai 2004 durch ein weiteres Papier „Die neuen Nachbarn“ ergänzt wurde. Darin warb Polen vor allem für eine aktivere Ostpolitik der EU gegenüber den osteuropäischen Ländern, insbesondere der Ukraine.

Nachdem polnische Truppen am 3. September 2003 eine der irakischen Stabilisierungszonen übernahmen, beobachtete die polnische Öffentlichkeit aufmerksam die Entwicklung der Situation im Irak. Während die polnischen PolitikerInnen trotz der unerfreulichen Entwicklungen die Beteiligung Polens an der Irak-Mission verteidigten, stieß der Einsatz bei den BürgerInnen und den polnischen Medien zunehmend auf Kritik.

In Bezug auf die Entwicklung ländlicher Räume wurde auf europäischer Ebene in der im Juni 2003 verabschiedeten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ein Schritt hin zu einer stärkeren Förderung ländlicher Entwicklung gegangen. Für die polnische Politik schien jedoch im letzten Jahr vor allem die direkte Unterstützung der Landwirtschaft im Vordergrund zu stehen. Darüber hinausgehende Aspekte ländlicher Entwicklung waren auch in der gesellschaftspolitischen Debatte in Polen kaum präsent.

Innenpolitische Situation / Regierungskrise

In der zweiten Jahreshälfte 2003 sank das Vertrauen der polnischen Bevölkerung in den amtierenden Ministerpräsidenten Leszek Miller und seine Regierung kontinuierlich. Im März des laufenden Jahres bewerteten lediglich 5 Prozent der Befragten die Arbeit der Regierung positiv und 8 Prozent den Ministerpräsidenten selbst, die negativen Bewertungen lagen dementsprechend bei 89 und 85 Prozent. Gleichzeitig erreichte auch die Zustimmung für die regierende Demokratische Linksallianz (SLD) neue Tiefstwerte: Knapp drei Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament wollten nur 9 Prozent der Befragten für die Partei stimmen; ein bitterer Verlust im Vergleich zu den 41 Prozent, mit denen die postsozialistische SLD bei den letzten Parlamentswahlen (September 2001) in den Sejm eingezogen war.

Im Herbst 2001 hatte Ministerpräsident Miller die Regierungsgeschäfte in einer innen- und außenpolitisch schwierigen Situation übernommen: Das gegen Ende neunziger Jahren schwache Wirtschaftswachstum erreichte 2001 seinen Tiefpunkt, das Haushaltsdefizit betrug ca. 40 Milliarden ZL (9 Milliarden Euro), die Arbeitslosigkeit erreichte 17 Prozent. Zudem stockten die Beitrittsverhandlungen Polens mit der EU an der Frage der Übergangsfristen für den Erwerb von Grund und Boden durch Ausländer in Polen. Von der damals strammen und disziplinierten SLD und ihrem Vorsitzenden Miller versprachen sich die WählerInnen innenpolitisch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage und außenpolitisch das Aufholen der Verzögerung in den Beitrittsverhandlungen. Vor allem aber hofften sie angesichts der zahlreichen Affären der vorangehenden konservativen AWS-Regierung auf die Eindämmung der Korruption.

Zweieinhalb Jahre nach der Übernahme der Regierungsverantwortung war festzustellen, dass die Regierung Leszek Millers im wesentlichen die Schwächen ihrer Vorgängerin wiederholte: Die seit dem Bruch der Koalition mit der gemäßigten Bauernpartei PSL (März 2003) angeschlagene Minderheitsregierung war nicht fähig die notwendigen Schritte zur Steuer- und Rentenreformen durchzusetzen, die unternommenen Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsreform führten zu einem Zusammenbruch im polnischen Gesundheitswesen, die Arbeitslosenquote erreichte fast 20 Prozent.

Zudem versprach die Ende des vorigen Jahres angekündigte Haushaltsstrukturreform zur Stabilisierung der steigenden Staatsausgaben (sog. Hausner-Plan, benannt nach dem gegenwärtigen Wirtschaftsminister), obgleich notwendig, zunächst eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen, Arbeitslosen, RentnerInnen und BäuerInnen.

Zum Vertrauensverlust an die Regierung trugen aber vor allem eine Reihe von Affären und Korruptionsskandale bei, in die führende Politiker der regierenden SLD einschließlich der Mitglieder der Regierung und des Ministerpräsidenten selbst verwickelt waren oder damit in Zusammenhang gebracht wurden, wie etwa der durch einen Parlamentsausschuss untersuchte Bestechungsversuch des polnischen Filmproduzenten Rywin (Rywingate) oder die nachgewiesene Bevorteilung bestimmter Pharmakonzerne durch den ehemaligen SLD-Gesundheitsminister Lapinski.

Angesichts der dramatisch gefallenden Umfragewerte und somit einer geschwundenen Legitimation der Regierung forderten die oppositionellen Parteien schon Ende 2003 den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Anfang dieses Jahres geriet Leszek Miller als Regierungs- und Parteichef auch zunehmend in die Kritik eigener ParteianhängerInnen, die vor allem die Verwässerung oder sogar die Abkehr von den traditionellen linken Werten unter seiner Führung bemängelten. Millers Rücktritt vom Posten des Parteivorsitzenden auf dem Parteitag der Demokratischen Linksallianz Anfang März 2004, konnte die sich anbahnende Spaltung der SLD jedoch nicht verhindern. Ende März verließen die Partei ca. 30 führende Politiker und gründeten eine neue linke Partei – Sozialdemokratie Polens (SDPL) – mit dem damaligen Sejmmarschall Marek Borowski an der Spitze.

Am 26. März kündigte Ministerpräsident Miller schließlich seinen Rücktritt gleich nach dem Beitritt Polens zur EU am 2. Mai an.

Anfang Mai schlug der polnische Präsident Kwasniewski den Wirtschaftsexperten Marek Belka für das „frei gewordene“ Amt des Regierungschefs vor. Die polnische Verfassung sieht in einer derartigen Situation im Wesentlichen zwei Alternativen vor: Die Bestätigung des vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten in einer Vertrauensabstimmung durch das Parlament, oder im Fall der zweimaligen Ablehnung des Kandidaten die Auflösung des Parlaments und vorgezogene Wahlen.

In seiner ersten Regierungserklärung nannte Belka die Armutsbekämpfung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Verabschiedung eines geänderten Gesundheitsgesetzes, aber auch die Sanierung der Staatsfinanzen und somit die Umsetzung des unpopulären Hausner-Plans als wichtigste innenpolitische Ziele. In Bezug auf die Außenpolitik kündigte Belka Kontinuität an, die polnischen Truppen im Irak sollten in voller Stärke mindestens bis zum Ende des laufenden Jahres dort stationiert bleiben.

Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Miller übernahm Marek Belka Anfang Mai zunächst „kommissarisch“ die Regierungsgeschäfte und begann die mühsame Suche nach Verbündeten, die in der Sejm-Abstimmung seine Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten unterstützen sollten. Angesichts der eindeutigen Positionierung der oppositionellen Parteien, die sofortige Neuwahlen befürworteten, warb Marek Belka vor allem um die Gunst der neu gegründeten SDPL und sicherte sich letztlich die Stimmen ihrer Abgeordneten, u.a. indem er die Abmilderung der Kürzungsmaßnahmen im Sozialbereich bei der Umsetzung des Hausner-Plans versprach.

Am 25. Juni 2004 bestätigte der polnische Sejm im zweiten Wahlgang Marek Belka als Ministerpräsidenten, vorläufig bis Oktober 2004. Dies bedeutet eine Verschiebung der vorgezogenen Wahlen auf den Herbst des laufenden bzw. Frühling des nächsten Jahres.

Von der Krise der regierenden SLD, der bislang stärksten linken Kraft auf dem politischen Parkett, profitierte vor allem die populistische Selbstverteidigung (Samoobrona). Ende März erreichte sie in den Umfragen 29 Prozent und überholte vorübergehend die zuvor führende konservative Bürgerplattform (Platforma Obywatelska / PO).

Wahlen zum Europäischen Parlament

Am 13. Juni 2004 beteiligte sich Polen zum ersten Mal an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Wahlen stießen auf wenig Aufmerksamkeit in der polnischen Öffentlichkeit. Der Staatsapparat, beschäftigt mit der Bewältigung der sich anbahnenden Regierungskrise, widmete sich mit Verspätung der Wahlvorbereitung; die Wahlordnung wurde erst am 12. März bekannt gegeben, der Termin für die Registrierung der KandidatInnenlisten auf den 4. Mai gelegt. Die Medienkampagne zu den EP-Wahlen begann erst Ende Mai, somit hatten die an den Wahlen beteiligten Parteien und Bürgerinitiativen nur ungefähr zwei Wochen Zeit um ihre KandidatInnen zu präsentieren.

Die beschlossene Wahlordnung stellte vor allem für die kleinen Parteien und Bürgerinitiativen eine beträchtliche Beteiligungshürde dar. Es war notwendig 10.000 Unterschriften im jeweiligen Wahlkreis zu sammeln um eine Wahlliste aufstellen zu können, das Registrieren von Listen in sieben der dreizehn Wahlkreise berechnete die jeweilige Partei oder Initiative zu den EP-Wahlen polenweit anzutreten – Bedingungen an denen kleinere Gruppierungen (u.a. die polnischen „Grünen 2004“, registriert in lediglich drei Bezirken) letztendlich scheiterten.

Landesweit konnten vor allem alle im polnischen Parlament vertretenen Parteien, einige Parteien der außerparlamentarischen Opposition (u.a. die Freiheitsunion / UW) und einige wenige Bürgerinitiativen („Initiative für Polen“ / Inicjatywa dla Polski, gegründet von einer ehemaligen Ministerin der in der AWS-Regierung der vorangehenden Wahlperiode, und das gänzlich unbekannte Gesamtpolnische

Bürgerkomitee / Ogólnopolski Komitet Obywatelski, ein Zusammenschluss von 230 polnischen NGOs und anderen Organisationen) antreten.

Die polnische Wahlkampagne war, ähnlich wie in anderen, alten und neuen EU-Staaten von innenpolitischen Fragestellungen geprägt. Angesichts der aktuellen Ereignisse, der Regierungskrise und der damit verbundenen Spekulationen über Neuwahlen in Polen betrachteten die polnischen Parteien die EP-Wahlen als Barometer für den aktuellen Stand der WählerInnengunst und als Generalprobe für die voraussichtlich in Kürze anstehenden Wahlen zum nationalen Parlament. Daher standen im Mittelpunkt innenpolitisch geprägte Themen, wie etwa die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Korruption. Fast alle an den Wahlen beteiligten Parteien bezogen ihre Wahlparolen für die EP-Wahl weniger auf Europa und mehr auf Polen. Je nach der Positionierung in der Skala der Zustimmung zur EU wollten die Parteien in der Gemeinschaft für Polens Wohlstand sorgen (EU-freundlich: SLD/UP: „Europa für die Entwicklung – Entwicklung für Polen“, SDPL: „Nutzen wir die europäische Chance“), polnische Interessen vertreten (EU-skeptisch: PiS: „Union ja – aber vor allem Polen“) oder Polen verteidigen (EU-feindlich: LPR: „Damit Polen Polen bleibt“).

Laut den Umfragen von fünf Instituten vom 11. Juni 2004 lag die Bürgerplattform (PO) mit 25 bis 30 Prozent in Führung, danach platzierte sich die Selbstverteidigung (Samobrona) mit den Umfragewerten zwischen 16 und 20 Prozent. Um den dritten Platz sollten, laut Umfragen Liga der Polnischen Familien (LPR) und „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) kämpfen. Damit endete die Liste der Parteien die eine Chance auf Mandate im EP hätten.

Die Teilnahme der polnischen BürgerInnen an den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament fiel mit 20,7 Prozent geringer, als erwartet, aus. Die Wahlergebnisse fügten sich dem EU-weiten Trend ein: Die WählerInnen bestrafte die regierenden Parteien und stimmten für die oppositionellen Kräfte. Wie erwartet wurde die wichtigste Oppositionspartei, die liberal-konservative Bürgerplattform (PO) mit 24,1 Prozent Siegerin der polnischen EP-Wahl. Noch eindeutiger war der Sieg der populistischen europafeindlichen Kräfte, der Selbstverteidigung (Samoobrona) von Andrzej Lepper und der Liga der Polnischen Familien (LPR). Sie erreichten zusammen fast 27 Prozent, wobei die LPR mit 15,9 Prozent entgegen der vorherigen Umfragewerte überraschenderweise mit dem zweitstärksten Ergebnis nach Bürgerplattform (PO) und vor Samoobrona (10,8 Prozent) lag. Die europaskeptische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) zieht in das Parlament mit 12,7 Prozent ein.

Die Regierungsparteien, die Demokratische Linksallianz (SLD) und die Arbeitsunion (UP) erreichten gemeinsam 9,3 Prozent. Die von der SLD „abgespaltene“ Sozialdemokratie Polens (SDPL) und die gemäßigte Bauernpartei PSL schafften mit jeweils 5,3 Prozent und 6,4 Prozent knapp den Einstieg ins Parlament.

Überraschend überwand auch die Freiheitsunion (UW), seit den letzten Wahlen in Polen im Parlament nicht mehr vertreten, mit 7,3 Prozent klar die Fünf-Prozent-Hürde.

Die im September vorigen Jahres gegründeten polnischen „Grünen 2004“ (siehe unten), registriert lediglich in drei Wahlbezirken, erreichten 0,27 Prozent.

Das beste Wahlergebnis fiel, mit 173.000 Stimmen, dem ehemaligen Ministerpräsident der AWS-Regierung, Jerzy Buzek zu, der als Kandidat der Bürgerplattform zu den EP-Wahlen angetreten war. Danach folgte Bronislaw Geremek, Spitzenkandidat der Freiheitsunion (UW), mit einem Ergebnis von 114.000 Stimmen.

Somit setzt sich die Gruppe der polnischen EP-ParlamentarierInnen größtenteils aus EU-skeptischen (PO 15, PiS 7, PSL 4) und populistischen EU-feindlichen (LPR 10, Samoobrona 6) Abgeordneten zu-

sammen. Die EU-freundlichen Parteien (SLD/UP 5, UW 4, SDPL 3) stellen gemeinsam lediglich 12 Abgeordnete.

Gründung der polnischen „Grünen 2004“ / „grüne“ Wahlkampagne in Polen bei EP-Wahl

Während eines Kongresses am 6. und 7. September 2003 in Warschau beschlossen ca. 100 Delegierte aus ganz Polen die Gründung der neuen Partei „Die Grünen 2004“. Sie diskutierten und verabschiedeten die Schlüsseldokumente der neuen Partei, das Statut und das „Grüne Manifest“ (die Grundlage für das künftige Grundsatzprogramm), und wählten die im Statut vorgesehenen Parteigremien.

Das Statut orientiert sich weitgehend an entsprechenden Dokumenten der französischen und deutschen Grünen. Die GründerInnen beschlossen alle Parteigremien paritätisch zu besetzen. Nach dem Vorbild der deutschen Grünen ist innerhalb der Parteistrukturen ein Frauenrat als Kontrollorgan für die Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter vorgesehen. Zusätzlich wurde auch ein Minderheitenrat gegründet, der die Interessen der sexuellen und nationalen Minderheiten vertreten soll.

Als gleichberechtigte Vorsitzende wurden Magdalena Mosiewicz und Jacek Bozek gewählt.

Im „Grünen Manifest“ beschreiben sich die „Grünen 2004“ als Gruppe von engagierten BürgerInnen, die die Werte Ökologie, Menschenrechte und Toleranz verbinden. Bislang versuchten sie die gesellschaftspolitische Realität Polens als LeaderInnen und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen zu verändern. Mit der Gründung einer Partei, hoffen sie in der Durchsetzung ihrer Postulate wirksamer zu werden.

Während des Gründungskongresses konzentrierte sich die Debatte um die Grundwerte sehr stark auf die Positionierung der neuen Partei zur Geschlechtergleichstellung und zur Anerkennung der Rechte von sexuellen Minderheiten. Die Aufforderung der Feministinnen, die Liberalisierung des restriktiven Antiabtreibungsgesetzes als politisches Postulat des „Grünen Manifest“ zu formulieren, war, als unvereinbar mit der Glaubensüberzeugung einiger katholischer Mitglieder der GründerInnengruppe, besonders umstritten. Nach einer emotionsgeladenen Auseinandersetzung beschlossen die Delegierten des Gründungskongresses mit knapper Mehrheit die Aufnahme der Forderung in das „Grüne Manifest“, woraufhin einige der InitiatorInnen der Parteigründung aus ethischen Gründen ihre Mitgliedschaft und Unterstützung für die neue Partei zurückzogen.

Der Prozess der Parteibildung begann vor knapp drei Jahren, indirekt als Ergebnis der letzten polnischen Parlamentswahlen (September 2001) bei denen die seit 1989 in der Politik etablierte Freiheitsunion (bis Mitte 2000 beteiligt an der Regierung) an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und zum Schattendasein der außerparlamentarischen Opposition verurteilt wurde. Kurz danach begannen die Mitglieder des Ökologischen Forums (u.a. der ehemalige Sejm-Abgeordnete und stellvertretende Umweltminister der vorletzten Regierung Radoslaw Gawlik und der ehemalige Senator im polnischen Parlament Janusz Okrzesik), eines in den Strukturen der Freiheitsunion verankerten Gremiums, unterstützt durch VertreterInnen der vorwiegend ökologischen NGOs die Gründung einer neuen „grünen“ Partei zu diskutieren. Bis zum Gründungskongress im September 2003 hat sich die Kerngruppe bewusst für weitere interessierte AkteurInnen der Zivilgesellschaft – VertreterInnen der Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, AktivistInnen von schwul-lesbischen Organisationen und VertreterInnen der nationalen Minderheiten – geöffnet. Diesem Schritt lag die Überlegung zugrunde das Spektrum der Themen und politischen Postulaten der neuen Partei über die ökologischen Forderungen hinaus zu erweitern, um mit Hilfe eines vielseitigen Grundsatzprogramms breitere Mitglieder- und WählerInnenkreise zu gewinnen.

Den Prozess der Parteibildung beschleunigte die Mobilisierung in den Kreisen der EP-Grünen, die etwa Mitte 2002 beschlossen, die grünen Parteien (soweit existent) und „grünnahen“ Kräfte in den Beitrittsstaaten im Aufbau bzw. Stärkung ihrer Strukturen mit dem Ziel der Schwächung der grünen Fraktion im künftigen Parlament der EU-25 entgegenzuwirken zu unterstützen. In Polen galt damals mangels einer „Schwesterpartei“ das Ökologische Forum (Mitglied der EFGP mit Beobachterstatus) als Ansprechpartnerin für die europäischen und deutschen Grünen.

Als Partei gegründet, setzten die polnischen „Grünen 2004“ die enge Zusammenarbeit mit den europäischen grünen Parteien und Gruppierungen konsequent fort: Ende Februar 2004 während des Gründungskongresses in Rom traten sie der „Europäischen Grünen Partei“ bei, die zweiunddreißig grüne Parteien aus ganz Europa zur ersten gesamteuropäischen Partei vereinigte, und beschlossen sich an der gemeinsamen übernationalen Wahlkampagne zum Europäischen Parlament zu beteiligen. Die Co-Vorsitzende der „Grünen 2004“ Magdalena Mosiewicz wurde in das „Dream Team“ der gemeinsamen Wahlkampagne gewählt.

Parallel hierzu waren die „Grünen 2004“ mit den praktischen Aufbauarbeiten beschäftigt. Kurz nach dem Gründungskongress im September 2003 begann die bis heute nicht endgültig abgeschlossene Prozedur der offiziellen Parteiregistrierung. Den zu erwartenden positiven Bescheid über den Registrierungsantrag der „Grünen 2004“ hat eine der anderen polnischen Parteien, die in ihrem Namen das Prädikat „grün“ trägt – „Die Grüne Partei Polens“ verhindert. Der Einspruch bezieht sich auf den vermeintlichen Mißbrauch der Bezeichnung „grün“ für andere als ökologische Ziele. Das zuständige Bezirksgericht in Warschau, zur Klärung der Angelegenheit verpflichtet, hat über den Antrag auf Registrierung der „Grünen 2004“ bislang noch nicht entschieden. Somit konnten sich die „Grünen 2004“ an der EP-Wahl offiziell nicht als Partei sondern nur als Bürgerinitiative beteiligen.

Noch vor dem offiziellen Beginn der Kampagne für die EP-Wahl in Polen (1./2. März 2004) fand in Warschau die Fachtagung der „grünen“ Fraktion des noch amtierenden Europäischen Parlaments, „Enlarged Bureau“, statt. An den öffentlichen Debatten beteiligten sich außer den grünen EP-Abgeordneten, Mitgliedern und SympatisantInnen der „Grünen 2004“ auch führende polnische PolitikerInnen: u.a. Danuta Hübner, Ministerin für Europaangelegenheiten, Janusz Lewandowski, Abgeordneter der Bürgerplattform im polnischen Parlament und Jan Trzuszczynski, Mitglied der Regierung. Im Rahmen der für die breite Öffentlichkeit geöffneten Podien wurden aktuelle europapolitische Fragen diskutiert, unter anderem die damals heiß umstrittene Zukunft der Europäischen Verfassung. In einem nur für die Grünen reservierten Teil der Fachtagung wurden die Strategien für die anstehende grüne Wahlkampagne zur EP-Wahl erörtert. In der Frage einer eventuellen Koalitionsbildung der „Grünen 2004“ mit VertreterInnen anderer zivilgesellschaftlichen Kräfte für die Wahl zum Europäischen Parlament spitzte sich die Diskussion zu: Während die politisch erfahreneren KollegInnen aus dem EP-Parlament der Bildung einer Koalition zurieten, sprachen sich die meisten VertreterInnen der „Grünen 2004“ mangels akzeptabler BündnispartnerInnen dagegen aus.

Die polnische Wahlordnung, die sich als sehr ungünstig für kleinere, neue Parteien und Bürgerinitiativen erwies (siehe oben), und die personelle Schwäche der „Grünen 2004“ ließ ihre Kandidatur in lediglich drei Wahlbezirken (Warschau, Schlesien und Niederschlesien) zu, womit sie schon zu Anfang der Wahlkampagne kaum realistische Chancen hatten, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament zu schicken. Die AktivistInnen der mittlerweile ca. 250 Personen starken Gruppierung machten sich keine Illusionen über den Wahlerfolg – die meisten setzten sich als Ziel im Rahmen der Wahlkampagne den Bekanntheitsgrad der neuen Partei in der polnischen Öffentlichkeit zu stärken, neue potentielle Mitglieder zu gewinnen, und angesichts der im

Jahr 2005 anfallenden Wahlen zum nationalen Parlament sowohl ihre Wahlchancen zu prüfen wie auch die Wahlstrategien zu „üben“.

Die grüne Wahlkampagne in Polen wurde entlang der Beschlüsse des Kongresses in Rom mit der für alle grünen Parteien in Europa gemeinsamen Hauptparole „Europa – Du entscheidest!“ (Europa – Ty decydujesz!) geführt. In der Wahl von Teilthemen haben sich die polnischen Grünen entschieden, das Hauptgewicht auf ökologische Fragestellungen zu legen. Somit versprachen sie den WählerInnen, sich im Rahmen der Europäischen Union vor allem gegen die Regulierung von polnischen Flüssen („Sauberes Wasser – Du entscheidest!“) und gegen die Produktion von genmanipulierten Nahrungsmitteln („Stop GMO – Du entscheidest!“) einzusetzen.

Die Wahlkampagne wurde mit einem sehr engen Budget von 35.000 ZL (ca. 7.500 Euro) bestritten. Davon wurden die Kosten für den Druck von Plakaten mit den Wahlslogans, Info-Faltblätter über die KandidatInnen und das Erstellen von drei einfachen, preiswerten Werbespots, die in der kostenlosen Sendezeit der regionalen Fernsehanstalten ausgestrahlt wurden, bestritten.

In den größeren Städten der drei Wahlbezirke in denen die „Grünen 2004“ zur Teilnahme an der EP-Wahl zugelassen waren, wurden auf den zentralen Plätzen Plakaten mit den Wahlparolen, angebunden an grün gestrichene Fahrräder, aufgestellt. Auf den Straßen verteilte eine menschengroße „genmodifizierte“ Henne während happeningartigen Auftritte Falblätter der KandidatInnen und Informationen über GMO.

Die KandidatInnen der „Grünen 2004“ nutzten die von Universitäten, regionalen Fernsehsender und unterschiedlichen TrägerInnen der politischen Bildung vor der EP-Wahl organisierten Debatten, um neben VertreterInnen anderer politischer Optionen ihre Ansichten zu den Schlüsselfragen der polnischen und EU-Politik zu präsentieren. Des Weiteren nahmen sie an aktuellen gesellschaftspolitisch wichtigen Ereignissen teil: Sie beteiligten sich an der Demonstration der Antiglobalisten während des Wirtschaftsforums (Ende April 2004) in Warschau, unterstützten den Krakauer „Toleranzmarsch“ und die Warschauer „Gleichstellungsparade“, eine von vielen polnischen PolitikerInnen bekämpfte Initiative der polnischen schwul-lesbischen Organisationen.

Im Rahmen der gemeinsamen Wahlkampagne der „Europäischen Grünen Partei“ beteiligten sich einige der polnischen grünen KandidatInnen an den Wahlveranstaltungen auch außerhalb von Polen: Eine polnische Delegation nahm an der feierlichen Eröffnung der Wahlkampagne der „Europäischen Grünen Partei“ in Brüssel teil, die Parteivorsitzende Magdalena Mosiewicz unterstützte bei der Wahlveranstaltung in Berlin die deutsche „grüne“ Kandidatin Elisabeth Schroedter und der Parteivorsitzende Jacek Bozek die Kandidatin der französischen Grünen Helene Flautre in Lille. Im Gegenzug trat Ende April 2004, noch in der Phase des Unterschriftensammelns, der Italiener Reinhold Messner auf einer Veranstaltung der „Grünen 2004“ in Warschau auf.

Mit ihrem Programm hofften die „Grünen 2004“ die junge und mittlere Generation der WählerInnen ansprechen zu können, die sich durch keine politische Kraft in Polen vertreten fühlen: StadtbewohnerInnen mit Mittlerem- und Hochschulabschluss, liberal und tolerant in der Weltanschauung und sensibel gegenüber den Problemen der Ökologie und des Umweltschutzes. Gerade in der klaren Positionierung in der Frage der Geschlechtergleichstellung sahen sie eine Chance Teile des Elektorats sowohl des linken, wie auch des liberal-konservativen polnischen Parteispektrums erreichen zu können: Die von der Gleichstellungspolitik der Regierung enttäuschten SLD-WählerInnen, wie auch jüngere WählerInnen der Freiheitsunion (UW), die sich, in dem von der älteren Generation geschnürten Korsett von katholischen moralischen Wertvorstellungen, beengt fühlen.

Das Interesse der Medien an den „Grünen 2004“ war kurz nach dem Gründungskongress im September 2003 relativ groß. Über die neue Partei berichteten alle führenden polenweiten Tageszeitungen

(„Rzeczpospolita“, „Gazeta Wyborcza“, „Trybuna Ludu“) und Wochenzeitschriften („Wprost“, „Polityka“, „Newsweek/Polska“ und „Tygodnik Powszechny“). Dabei war ein leider der Ton der Berichterstattung größtenteils sensationslüstern. Die teilweise umfangreichen Artikel beschreiben die „Grünen 2004“ als „Partei von Feministinnen und Homosexuellen“ und einen „Export aus dem Westen: schick aber dumm“. Überraschenderweise brachte die katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ einen ausgewogenen Bericht über die Wurzeln, den Gründungsprozess, die politischen Postulate und die Überlebenschancen der neuen Partei.

Mit der Zeit wurden die Beiträge über die „Grünen 2004“ seltener. In den Artikeln, die sich mit der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament beschäftigten, wurde die Gruppierung eher am Rande erwähnt. Größere Artikel oder Beiträge erschienen meist nur in den regionalen Medien. Die landesweiten Zeitungen und Radio- und Fernsehsender berichteten über die „Grünen 2004“ in Zusammenhang mit der Fachtagung der „grünen“-Fraktion der EP-Abgeordneten im März und anlässlich des Besuches von Reinhold Messner im April, wobei sie ihr Interesse hauptsächlich den bekannten VertreterInnen der europäischen Grünen, allen voran Daniel Cohn Bendit, widmeten.

Das dürftige Ergebnis der Wahl konnte mit 18.000 Stimmen und 0,27 Prozent die Hoffnungen der „Grünen 2004“ nicht erfüllen. Die zur Zeit noch strukturschwache Gruppierung mit 250 Mitglieder war weder imstande vom Auseinanderfallen der regierenden Demokratischen Linksallianz (SLD) zu profitieren, noch fähig die jüngeren WählerInnen der Freiheitsunion, die im Gegenteil mit dem Einzug in das Europäische Parlament, ihre Position gestärkt hat, für sich zu gewinnen. Als kleiner Trost bleibt, dass (bis auf die Freiheitsunion) keine der außerparlamentarischen Parteien oder Bürgerinitiativen in das Europäische Parlament gewählt wurde. Die erste Erfahrung der erst vor kurzem gegründeten Partei, mit meßbaren Ergebnissen, erlaubt eine vorsichtige Beurteilung der knapp einjährigen Bemühungen der „Grünen 2004“ von der polnischen Öffentlichkeit bemerkt zu werden und in der politischen Landschaft Polens ihren Platz zu finden.

Die Teilnahme an der Wahl so kurz nach Gründung der Partei erforderte eine Konzentration auf die Wahlkampagne und lenkte vom notwendigen Aufbau der Strukturen und der Basisarbeit ab. Andererseits war es durch die Wahlkampagne möglich sich in einem gewissen Maß der Öffentlichkeit zu präsentieren und bekannter zu werden.

Die Beurteilung des Wahlergebnisses im Kreis der „Grünen 2004“ selbst fiel zunächst sehr unterschiedlich aus. Einerseits wirkt das niedrige Ergebnis, obgleich erwartet, entmutigend. Andererseits konnten die Parteimitglieder, von denen sich die meisten zum ersten Mal an einer Wahlkampagne beteiligten, wichtige Erfahrungen sammeln, die sie in den in Kürze anstehenden Wahlen zum Polnischen Parlament anwenden können.

Streit um die EU-Verfassung

Während die anderthalbjährigen Arbeiten des Konvents an der künftigen Europäischen Verfassung in Polen kaum öffentlich erörtert worden waren, stieß der am 13. Juni 2003 vorgelegte Entwurf auf starke Vorbehalte seitens der polnischen Regierung. Die Änderungsforderungen, unabhängig von der politischen Orientierung durch alle im Sejm vertretene Parteien sowie durch die katholische Kirche und breite Teile der polnischen Öffentlichkeit unterstützt, umfassten zu Anfang der Auseinandersetzung im wesentlichen folgende Punkte:

- Aufrechterhaltung der Nizza-Abstimmungsregeln im EU-Ministerrat,
- Beibehaltung des Prinzips „ein Land – ein Kommissar“ in der Zusammensetzung der Europäischen Kommission,
- Verhinderung ergänzender, zur NATO alternativer Sicherheitsbündnisse bei der Gestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,
- Berufung auf christliche Werte in der Präambel der EU-Verfassung.

Bis zum Brüsseler EU-Gipfel im Dezember 2003 kristallisierte sich jedoch die Fragestellung der Mehrheitsentscheidungen in der künftigen erweiterten EU zur wichtigsten Forderung Polens für die Zustimmung zur Europäischen Verfassung heraus. Polen, durch das Nizza-System mit 27 Stimmen großzügig bedacht, würde bei den künftigen Abstimmungen im EU-Ministerrat fast das gleiche Gewicht zufallen wie den „großen“ EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien mit 29 Stimmen. Somit lehnte Warschau die im Verfassungsentwurf vorgeschlagene „doppelte Mehrheit“ ab, die besagte, dass Entscheidungen im Rat nur mit der absoluten Mehrheit der Länder gefällt werden können und diese Länder mindestens 60 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen.

In der Sejmdebatte, die dem Regierungsgipfel in Rom (Oktober 2003) voranging, fiel die Parole des führenden Politikers der oppositionellen Bürgerplattform (PO) Jan Rokita: „Nizza oder Tod!“, die die polnische Ablehnung des Verfassungsentwurfes griffig und medienwirksam ausdrückte und zum Leitmotiv der überhitzten Debatte in Polen, aber auch über die polnischen Grenzen hinaus kreiert wurde. Die Regierung des damals noch amtierenden Ministerpräsidenten Leszek Miller hat das „Nizza oder Tod“ – Prinzip Rokitas weitgehend übernommen und nahm sie zu den Verhandlungen über die Verfassung auf dem Gipfeltreffen in Brüssel im Dezember vorigen Jahres mit. Die „harte“ Position Polens bezüglich der Beibehaltung der Nizza-Beschlüsse bei der künftigen Mehrheitsfindung im EU-Ministerrat, unterstützt vor allem durch die spanische Regierung, trugen maßgeblich zum Scheitern der Verhandlungen bei. Die weiteren Verhandlungen wurden auf das kommende Jahr verschoben, die irische Präsidentschaft beauftragt einen Kompromissvorschlag auszuarbeiten.

In Polen wurde das Scheitern des Brüsseler Gipfels (Dezember 2003) als Sieg der polnischen Politik gefeiert. Laut Lech Kaczyński, dem Vorsitzenden der europaskeptischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), erreichten Ministerpräsident Miller und seine Regierung durch ihre unbeugsame Verhandlungslinie einen politischen Erfolg, Jan Rokita lobte den „guten Anfang“ der polnischen Politik auf der EU-Bühne, Roman Giertych, Vorsitzender der europafeindlichen Liga der Polnischen Familien (LPR), freute sich über das Scheitern der Verfassung, in der er Gründungselemente eines neuen Staates „Europa“ sah. Der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski fügte gemäßiger bei, dass die Europäische Verfassung „notwendig“ sei, er aber meine, Europa brauche dazu „mehr Zeit“.

Die „harte“ Position, in den Verhandlungen über die Verfassung vorläufig gefeiert, brachte zugleich den Regierungschef Miller innenpolitisch in eine zunehmend schwierige Lage. Die leichtfertige Übernahme des „Nizza oder Tod“ Schlachtrufes machte angesichts der emotionell behafteten Debatte auch ein partielles Einlenken unmöglich. Jeder Kompromiss hätte in den Augen der polnischen Öffentlichkeit, vor allem aber der oppositionellen Parteien, als schämliche Niederlage, wenn nicht sogar als Verrat an Polen gewirkt. Somit hatte die Opposition mit ihrem pausenlosen Insistieren auf die Nizza-Kriterien die in der Krise steckende Regierung Miller und seine an erheblichen Popularitätsverlusten leidende regierende SLD in eine innenpolitische Falle gelockt.

Die gesellschaftliche und innenpolitische Kritik an der polnischen Position in den Verhandlungen über die Verfassung Europas blieb verhalten. Einige Kommentatoren warnten vor der Isolierung Polens innerhalb der Union und somit dem Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit. Man kritisierte auch die an den Tag gelegte Methode der „Konfrontationspolitik“ und „ungeschickten Diplomatie“. Führende Politi-

kerInnen der Freiheitsunion (seit 2001 außerparlamentarische Opposition) wiesen darauf hin, dass der aufreibende Streit um die Europäische Verfassung die Regierung von der notwendigen Vorbereitung der polnischen Wirtschaft und Administration auf die EU-Mitgliedschaft Polens ablenkt.

Die irische Präsidentschaft bemühte sich seit Anfang 2004 die verfahrenen Verhandlungen voranzutreiben und legte den Außenministern einen neuen Vorschlag zur umstrittenen doppelten Mehrheit vor. Dem neuen Schlüssel nach müssen Entscheidungsmehrheiten aus 55 Prozent der EU-Mitgliedsländer, die 65 Prozent der Bevölkerung der EU repräsentieren, bestehen. Der Kompromissvorschlag der irischen Präsidentschaft richtete sich vor allem an die mittlerweile als „härtesten Blockierer“ benannten Staaten Polen und Spanien.

Den Durchbruch bei den Verhandlungen über die Europäische Verfassung brachte jedoch vor allem der überraschende Sieg der Sozialisten bei den spanischen Parlamentswahlen (März 2004). Kurz nach der Wahl kündigte der zukünftige Ministerpräsident Zapatero einen europafreundlichen Kurs an und gab bekannt, dass seine Regierung die Blockadehaltung seines Vorgängers im EU-Verfassungstreit aufgeben werde. Mangels der spanischen Unterstützung zeigte sich nun auch Polen kompromissbereiter. In den Äußerungen von verschiedenen polnischen PolitikerInnen waren versöhnliche Töne hörbar: So behauptete Polens Präsident Kwasniewski, dass „der irische Kompromiss "eine wichtige und interessante Idee" sei. Auch der polnische EU-Verantwortliche Jozef Oleksy erklärte, dass die doppelte Mehrheit durchaus eine Basis für eine Lösung darstelle.

Während des Besuches von Bundeskanzler Schröder kurz vor dem EU-Gipfel in Brüssel (März 2004) stellte der polnische Ministerpräsident Leszek Miller gegenüber seinem Amtskollegen eine baldige Einigung im EU-Verfassungstreit in Aussicht, indem er den "Kompromiss nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich" hielt.

Während des Frühjahrsgipfels im (März 2004), der unter irischer Präsidentschaft in Brüssel stattfand, beschlossen die Staats- und Regierungschefs, einschließlich des polnischen Ministerpräsidenten Leszek Miller, eine Einigung über die Europäische Verfassung auf dem folgenden Gipfeltreffen im Juni 2004 herbeizuführen.

Der polnische Regierungschef Leszek Miller kündigte jedoch einen Tag nach der Rückkehr aus Brüssel seinen Rücktritt für den Tag nach dem Beitritt Polens zur EU (2. Mai) an. Nach diesem Datum übernahm, auf den Vorschlag des polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski hin, Marek Belka die Regierungsgeschäfte. Es begann eine fast zwei Monate dauernde Zeit der „provisorischen“ Regierung bis das polnische Parlament am 25. Juni in der zweiten Abstimmung Marek Belka im Amt der Ministerpräsidenten bestätigte. Der Regierungschef fuhr somit kurz vor der entscheidenden Vertrauensabstimmung für seine Regierung im polnischen Parlament nur mit einem „provisorischen“ Verhandlungsmandat ausgestattet zu dem EU-Gipfel im Juni, auf dem die endgültige Entscheidung über die Verfassung gefällt werden sollte. Am Tag zuvor hatte der Sejm noch Belkas Erklärung zum EU-Gipfel, die u.a. eine kompromissbereite Linie zur EU-Verfassung vorgab, zurückgewiesen, hierzu jedoch keinen bindenden Beschluss gefasst.

Während des Juni-Gipfeltreffens in Brüssel (Juni 2004) einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf den irischen Vorschlag und somit wurde die zukünftige Verfassung in der von der irischen Ratspräsidentschaft aufgearbeiteten Fassung bestätigt.

Belkas Zustimmung für den Kompromissvorschlag stieß in Polen auf vehemente Kritik der Opposition. Dem Ministerpräsidenten wurde Verrat und Zustimmung zu einem Souveränitätsverlusts Polens vorgeworfen. Der Fraktionschef der Bürgerplattform (PO) warf der Regierung vor, einer Verfassung zuzustimmen in der die polnischen Postulate gänzlich ignoriert wurden. Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (PiS) nannte die Verabschiedung der Verfassung eine „Kapitulation“ und forderte die Durchführung einer Volksabstimmung in Polen. Der Vorsitzende der erzkatholischen populistischen Liga der Polnischen Familien (LPR) Giertych warf von der Sejmtribüne aus dem Ministerpräsidenten

Belka Staatsverrat vor und bezeichnete den 18. Juni 2004 als "Tag der Schande und des nationalen Verrats". Er kündigte an, nach den in Kürze anstehenden Wahlen zum polnischen Parlament eine Klage gegen den Regierungschefs beim polnischen Verfassungsgericht einzureichen.

Belkas Verhandlungslinie auf dem EU-Gipfel unterstützten die Regierungsparteien SLD (Demokratische Linksallianz) und UP (Arbeitsunion), sowie Tomasz Nalecz von der neuen linken SDPL (Sozialdemokratie Polens), der dem polnischen Ministerpräsidenten versicherte hinter dem irischen Kompromiss zu stehen, denn „man sollte nicht vergessen, dass Kompromisse die Grundlage der EU bilden“. Der ehemalige polnische Außenminister und inzwischen ins Europäische Parlament gewählte Bronislaw Geremek begrüßte die Europäische Verfassung als ein Dokument, das sich den Herausforderungen Europas stelle. Präsident Kwasniewski bezeichnete den Kompromiss als „gut für Polen und für Europa“ und lobte die polnische Regierung für ihre Geduld, Entschlossenheit und Konsequenz bei den Verhandlungen.

Innerhalb der nächsten zwei Jahren muss die verabschiedete Verfassung im Rahmen von Volks- oder Parlamentsabstimmungen in den EU-Mitgliedsstaaten bestätigt werden. In Polen gilt ein Referendum über die EU-Verfassung als sicher. Eine entsprechende Initiative reichte die EU-feindliche Liga der Polnischen Familien (LPR) ein. Dieses Anliegen wird von den meisten Politikern und dem polnischen Präsidenten unterstützt.

Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Polens

In der erweiterten EU ist Polen der Mitgliedsstaat mit der längsten Grenze zu den östlichen Nachbarn der Union; insgesamt erstreckt sich die polnische Grenze zum Oblast Kaliningrad (Russland), Weißrussland und der Ukraine über 1.100 km.

Polen setzt sich schon seit längerer Zeit für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und den osteuropäischen Nicht-Mitgliedsstaaten ein. Im Januar 2003 stellte die polnische Regierung ein „Konzept für eine EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarn“ in Brüssel vor, das im Mai 2003 durch ein weiteres Papier „Die neuen Nachbarn“ ergänzt wurde. Vor allem argumentiert Polen für eine aktivere Ostpolitik der EU, um die demokratischen, marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Reformprozesse zu unterstützen, und die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Strukturen in den osteuropäischen Ländern, insbesondere in der Ukraine, Weißrussland, der Republik Moldau und Russland, zu fördern. Polens Interesse an der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der östlichen Nachbarn gründet primär in drei Ursachen:

- der Notwendigkeit, einer „Modernisierungslücke“ zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarn vorzubeugen, die zu erhöhter Migration, sozialer Unruhe, wirtschaftlicher und politischer Instabilität sowie einer verstärkten anti-westlichen Stimmung in den osteuropäischen Ländern führen könnte.
- der Überzeugung, das eine verstärkte Einbindung Osteuropas in westliche Strukturen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten würde sicherheitspolitische Risiken – vor allem illegale Migration, organisierte Kriminalität, Waffenverbreitung, Menschenhandel sowie die Unsicherheit in Bezug auf wichtige Energieressourcen – zu verringern.
- der Anerkennung kultureller und historischer Gemeinsamkeiten, sowie einer gemeinsamen europäischen Identität.

Die Regierung in Warschau unterstützt das seit Mitte 2003 diskutierte und im Mai 2004 in der endgültigen Fassung vorgelegte Strategiepapier „Europäische Nachbarschaftspolitik“ der Europäischen Kommission, befürchtet aber, dass die darin enthaltenen Aktionspläne zu unverbindlich sind und un-

zureichende Anreize anbieten, um notwendige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformprozesse in Osteuropa zu fördern. In einer öffentlichen Rede im April 2004 unterstrich der polnische Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz folgende Unterschiede zwischen dem Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der „östlichen Dimension“ Polens:

- das polnische Konzept unterscheidet zwischen Osteuropa und anderen Nachbarregionen der EU;
- dieses Konzept betont nicht nur bilaterale Verbindungen zwischen der EU und einzelnen Nachbarländern, sondern auch die Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit;
- eine „östliche Dimension“ bietet langfristig – unter den Bedingungen grundlegender Reformen – die Möglichkeit einer EU-Mitgliedschaft für die Ukraine, Republik Moldau und eventuell Weißrussland.

Am nachdrücklichsten unterstützt Polen die Bemühungen der Ukraine, sich in westliche Strukturen zu integrieren. Die polnische Regierung hat sich unmissverständlich für eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und der EU ausgesprochen.

Die Unterstützung demokratischer Kräfte in der Ukraine ist für Polen angesichts der im Nachbarland anstehenden Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2004 besonders wichtig.

Das polnische Engagement in Bezug auf Osteuropa schlägt sich auch in konkreten politischen Vorschlägen nieder. Im Sicherheitsbereich zum Beispiel sollte die EU eine führende Rolle bei der Bearbeitung regionaler Konflikte übernehmen. Zwei Projekte – Friedenssicherung in der Republik Moldau/Transnistrien und ein Stabilitätspakt für den Südkaukasus – würden eine Gelegenheit für eine außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU, Russland und anderen regionalen Akteuren anbieten. Bei solchen Projekten könnte die EU ihr Instrumentarium für Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung in die Tat umsetzen und weiter präzisieren. Solche Bemühungen würden sowohl zur Stabilisierung von EU-Nachbarregionen als auch zur Verstärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beitragen.

Für die polnische Regierung ist die Modernisierung Osteuropas „Polens strategische Aufgabe Nummer eins.“ Die Funktion als Fürsprecher für die Integration der östlichen Nachbarn in westliche Strukturen scheint die Rolle zu sein, mit der sich Polen ein außenpolitisches Profil innerhalb der erweiterten EU schaffen möchte. Ob diese Strategie Erfolgsaussichten hat hängt sehr stark davon ab, inwieweit Polen effektive Koalitionen innerhalb der EU bilden kann und sich als „guter europäischer Player“ erweist.

Das politische und militärische Engagement Polens im Irak

Am 3. September 2003 übernahm Polen auf Anfrage der USA, den Oberbefehl einer multinationalen Truppe im Mittel- und Südirak. Die von den polnischen Streitkräften kontrollierte Stabilisierungszone umfasste anfänglich fünf irakische Provinzen (80.000 km²) mit einer 3,5 Millionen starken, überwiegend schiitischen Bevölkerung. Die multinationale Truppe bestand ursprünglich aus ca. 9.200 Soldaten aus über 20 Nationen; die ca. 2.400 Soldaten zählende polnische Einheit stellt dabei das viertgrößte Kontingent (nach den USA, Großbritannien und Italien) dar.

Nach dem Abzug der spanischen Truppen Ende Mai 2004 übernahmen amerikanische Streitkräfte die Kontrolle über zwei der fünf Provinzen in der Stabilisierungszone. Somit behielt Polen die Verantwortung für die drei Provinzen Wasit, Karbala und Babil, eine ca. 6.000 Soldaten zählende Truppe aus 17 Ländern blieb unter polnischem Oberbefehl.

Die Entwicklung der Situation im Irak wurde in Polen aufmerksam beobachtet. Während in den ersten Monaten der Berichterstattung zum Irak eine überwiegend pro-amerikanische und eher befürwortende Position zum polnischen Einsatz überwog, trat angesichts der chaotischen Planung der Nachkriegs-

phase, eskalierender Gewalt, der Entführungen ausländischer Zivilisten und Sicherheitskräfte und der wachsenden Zahl der Todesfälle unter polnischen Staatsbürgern im Irak eine gewisse Ernüchterung ein, so dass kritische Kommentare zur Beteiligung Polens im Irak in den Medien immer stärker zum Ausdruck kamen.

Die Unauffindbarkeit von Massenvernichtungswaffen warf die Frage der Berechtigung für den Einsatz im Irak auf. In diesem Zusammenhang wurde auch die mangelhafte öffentliche Debatte über die Rolle Polens im Irak kritisiert. Hierzu äußerte sich Tadeusz Mazowiecki dahingehend, dass es in Polen „keine Diskussionen über Ziele und Mandat der Irak-Operation gab“.

Nach der Enthüllung des Folterskandals im Gefängnis Abu Ghraib geriet die amerikanische Truppenführung in besonders scharfe Kritik. In diesem Zusammenhang forderte im Mai des laufenden Jahres die „Gazeta Wyborcza“: „Unser Land sollte seine weitere Teilnahme an der Operation im Irak davon abhängig machen, ob die USA die Genfer Konvention einhalten, denn in der polnischen Tradition ist der Maßstab für die Moral das Verhältnis zu den Besiegten“.

Während die führenden Nachrichtenmagazine wie „Polityka“ oder „Wprost“ anfänglich vom „goldenen Sand“ Iraks, wo Polen durch Verträge „am Wiederaufbau des Irak drei Milliarden Dollar verdienen“ könnte, schrieben, waren mit dem Ausbleiben der lukrativen Aufträge immer mehr kritische Töne zu hören.

Die polnischen BürgerInnen betrachten ohnehin die Beteiligung Polens im Irak überwiegend negativ. Abgesehen von einer kurzen Phase der öffentlichen Zustimmung direkt nach dem Sturz der Saddam-Diktatur im Juni 2003 hat sich stets eine klare Mehrheit der Polen gegen den Krieg im Irak ausgesprochen und die Beteiligung Polens an der Stabilisierung des Iraks war von Anfang an unpopulär. Laut Umfragen des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS sprachen sich im September 2003 55 Prozent der Befragten gegen eine Beteiligung Polens an der Stabilisierung des Iraks aus. Mit der Verschlechterung der Sicherheitslage im Irak wurde die polnische Öffentlichkeit immer skeptischer. Im Januar 2004 stimmten 42 Prozent der Befragten der polnischen Präsenz im Irak zu. Im März 2004 waren es nur noch 35 Prozent, während 60 Prozent der Befragten sich gegen eine polnische Beteiligung aussprachen. Nach den Terroranschlägen in Madrid am 11. März 2004 sprachen sich nur noch 29 Prozent der Befragten für die Irak-Politik der Regierung aus, 66 Prozent waren dagegen. Zum gleichen Zeitpunkt schätzten 48 Prozent der Befragten die Entscheidung der neuen spanischen Regierung, spanische Truppen aus dem Irak abzuziehen, als richtig ein; 38 Prozent fanden diese Entscheidung falsch. Im Mai 2004 sprachen sich 74 Prozent der Befragten gegen die polnische Beteiligung im Irak aus; nur noch 22 Prozent waren dafür. Ein interessanter Vergleich zu diesen Zahlen bietet eine WEU-Studie vom Dezember 2003, wonach 80 Prozent der Polen ihre Unterstützung für eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik äußerten (EU-Durchschnitt: 73 Prozent).

Trotz der Anhäufung negativer Entwicklungen im Irak und unbeachtet der kritischen Einstellung der polnischen BürgerInnen bleibt auf der Ebene der polnischen Politik die Kritik an der Irak-Mission eher verhalten. Zwar gab es eine, eilig als „Missverständnis“ oder „Übersetzungsschwierigkeiten“ dementierte, Behauptung des polnischen Präsidenten Kwasniewski, er sei bei den Informationen über Massenvernichtungswaffen von den Amerikanern „in die Irre geleitet“ worden, sowie eine kurze Phase widersprüchlicher Regierungsstatements über einen möglichen Rückzug polnischer Truppen nach den Terroranschlägen in Madrid. Davon abgesehen, hält die polnische Regierung jedoch an der Aussage fest, der heutige Irak sei in einem sehr viel besseren Zustand als unter der Diktatur Saddam Husseins, die Befreiung des Iraks sei ein wichtiger Teil der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Polen werde keinen Kurswechsel nach spanischem Beispiel vornehmen. Um eine etwas gemäßigtere Linie zu fahren als die Amerikaner – und mit einem Auge auf die künftigen Partner in der EU, die dem Irak-Krieg entschieden kritisch gegenüberstanden – befürwortete die polnische Regierung allerdings

konsequent eine verstärkte Teilnahme sowohl der UNO als auch der NATO an der Befriedung des Iraks.

Fast alle polnischen Parteien – die regierende Demokratische Linksallianz (SLD), die liberal-konservative (und stärkste Oppositionspartei) Bürgerplattform (PO), die rechtskonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) – unterstützen die Beteiligung Polens an der Irak-Mission. Es sind eher nur die populistischen Parteien – die ultrakonservativ-nationale Liga der polnischen Familien (LPR) und insbesondere die extrem-populistische Selbstverteidigung (Samoobrona) – die einen Rückzug polnischer Streitkräfte aus dem Irak verlangen. Nach der deutlichen Verschlechterung der Lage im Irak im Frühjahr 2004 wackelten zwar Teile der SLD und insbesondere des Koalitionspartners Arbeitsunion (UA), die einen Zeitplan für die Heimkehr polnischer Soldaten forderte. Aber vom Präsidenten Kwasniewski anfangend, über den Ministerpräsident Miller bis hin zum neuen Ministerpräsident Belka gab man der gemeinsamen Überzeugung Ausdruck: Ein Rückzug polnischer Soldaten wäre eine Gefährdung für die Stabilität der Irak-Mission, sowie ein Sieg für die Terroristen.

Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Polen im Kontext der EU-Agrarpolitik

Der Trend auf europäischer Ebene ist als langsamer, aber deutlicher Wandel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von einer Produktionsförderung hin zu einer stärkeren Förderung ländlicher Entwicklung zu charakterisieren. Einen wesentlichen Schritt hierzu stellte die am 26. Juni 2003 von den Agrarministern der EU-15 verabschiedete Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik dar. Durch Umschichtung von Mitteln, insbesondere auch im Rahmen der Modulation (Umwidmung von Mitteln der Direktzahlungen in Mittel für ländliche Entwicklung) wurde der Bereich ländliche Entwicklung innerhalb der GAP finanziell gestärkt, und der Maßnahmenkatalog außerdem ausgeweitet. Die ebenfalls beschlossene Entkoppelung verringert die Produktionsanreize der Direktzahlungen, und trägt so mittelfristig zu einer ausgewogeneren Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes bei. Aus Sicht der ländlichen Entwicklung war die Reform somit ein Schritt in die richtige Richtung, weitere Schritte in diese Richtung wären allerdings wünschenswert.

Einen hohen symbolischen Charakter hatte in diesem Zusammenhang die von der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission organisierte Konferenz von Salzburg im November 2003, auf der die Kommission ihre Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Agrarpolitik und der ländlichen Entwicklung präsentierte und mit Akteuren aus der EU-15 wie den Beitrittsländern diskutierte. Polen war auf dieser Konferenz mit Prof. Wilkin auch auf einem der Podien vertreten. Die Ergebnisse der Konferenz blieben zunächst unverbindlich, sollten jedoch der Europäischen Ländlichen Entwicklungspolitik weiteren Anschub geben und die Richtung der Kommission vorzeichnen.

Dies wurde deutlich, als im Februar 2004 einige Postulate der Konferenz von Salzburg im Vorschlag der Kommission zur finanziellen Perspektive 2007 – 2013 realisiert wurden.

In dem Dokument schlägt die Kommission u.a. die Errichtung eines Fonds für ländliche Entwicklung vor, der, bisher getrennt verwaltete, Mittel aus der GAP, sowie aus den Strukturfonds zusammenfassen soll. Dies verspricht eine Vereinfachung der Förderung für Geber wie Nehmer, eine mittelfristig bessere Abstimmung der Instrumente aufeinander und nicht zuletzt auch eine Aufwertung des Themas. Es bleibt abzuwarten, wie die Kommission das Thema – nach inzwischen erfolgten Stellungnahmen des Ministerrates, sowie des Parlamentes – in ihren Legislativvorschlägen im Juli dieses Jahres behandeln wird.

Als institutionelle Konsequenz aus der Erweiterung der EU, ist zu erwarten, dass zumindest vorübergehend in der vergrößerten Kommission der Posten einer Kommissarin für ländliche Entwicklung geschaffen wird, (neben einer Kommissarin für Landwirtschaft).

Während sich also auf europäischer Ebene ein Trend hin zu einer stärkeren Betonung ländlichen Entwicklungspolitik abzeichnet, setzt die polnische Regierung in erster Linie auf die Übernahme der klassischen Instrumente der Agrarpolitik (Marktordnungen und Direktzahlungen) und eine Modernisierung der Landwirtschaft. Dennoch entstanden auch im Bereich der ländlichen Entwicklung wichtige Dokumente, die aus der Übernahme der Gemeinschaftspolitik resultieren: der „Plan für die Entwicklung des ländlichen Raumes“, der eine Voraussetzung für die Umsetzung der EU-Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raumes darstellt, sowie das „Operationelle Programm für die Umstrukturierung und Modernisierung des Nahrungsmittelsektors und die Entwicklung des ländlichen Raumes“, das die Grundlage für die Vergabe von Mitteln für ländliche Entwicklung aus der Abteilung Ausrichtung des EAGFL-Fonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft) darstellt. Beide Dokumente wurden im Frühjahr dieses Jahres der Kommission übermittelt, und werden nach deren Anmerkungen derzeit von der polnischen Regierung überarbeitet.

Die Verspätung dieser beiden Dokumente bedeutet de facto, dass noch keine Anträge auf Mittel in diesem Bereich gestellt werden können. Es ist außerdem Ausdruck einer gewissen Nachrangigkeit der ländlichen Entwicklung im Verhältnis zu anderen Bereichen, insbesondere gegenüber den faktischen oder vermeintlichen Interessen der Landwirte. Der Vorrang, den die Regierung, insbesondere das Landwirtschaftsministerium, Instrumenten wie Direktzahlungen vor Instrumenten der ländlichen Entwicklung einräumt, hat seine Ursache auch in den zu erwartenden Absorptionsproblemen. Der Informationsstand unter den Förderungsberechtigten ist zur Zeit als sehr niedrig einzuschätzen; schon im Bereich der relativ „einfach“ abzurufenden Direktzahlungen wurden anfänglich so wenige Anträge gestellt, dass der Abgabetermin verschoben werden musste.

Darüber hinaus scheinen von offizieller Ebene kaum Zukunftsvisionen für den ländlichen Raum in Polen zu existieren, ebenso wenig wie ganzheitliche Lösungsmodelle für die derzeit gravierenden und sich vermutlich zunächst noch verschärfenden Probleme.

In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, dass die ländliche Bevölkerung, insbesondere die Landwirte die derzeit europaskeptischste Gruppe darstellt. Die problematische soziale Situation, mit verstärkter Arbeitslosigkeit und teilweise durch den Strukturwandel bedingten sozialen Verwerfungen, werden von einem Teil dieser Gruppe der Europäischen Union angelastet und führen zu einer Integrations-skeptischen bis -feindlichen Stimmung. Davon profitieren auch die populistischen Parteien, die mit antieuropäischen Parolen Stimmung machen. So war im Berichtszeitraum ein viel diskutierter „Aufstieg“ des Populisten Lepper zu beobachten, der seine Wähler vor allem in ländlichen Regionen rekrutiert und mit seiner Partei „Selbstverteidigung“ (Samoobrona) in einigen Umfragen schon als stärkste Gruppierung gesehen wurde. Abgesehen von den populistischen, europafeindlichen Parolen der eben genannten Gruppierungen, werden in der öffentlichen Debatte werden von den Parteien vor allem die (vermeintlichen) Interessen der Landwirte in den Vordergrund gestellt.

Das Thema der ländlichen Entwicklung als solches ist in der gesellschaftspolitischen Debatte wie auch in den landesweiten praktisch nicht präsent.

Während die polnische Politik der Entwicklung des ländlichen Raumes wenig Beachtung schenkt entwickelten sich im Berichtszeitraum die Strukturen und Aktivitäten der NGOs in diesem Bereich weiter. Im September 2003 fand die erste Vollversammlung des „Forums zur Aktivierung der ländlichen Gebiete“ (Forum Aktywizacji Obszarów Wiejskich, www.faow.org.pl), eines Zusammenschlusses von inzwischen über 50 NGOs, statt. Mitglieder des FAOW sind Organisationen und Stiftungen, die sich gezielt der integrierten ländlichen Entwicklung widmen, sowie sektorbezogene Organisationen wie Umwelt- oder Landwirtschaftsverbände und Konsumentenvereinigungen.

Durch diesen Zusammenschluss gelang es den NGOs teilweise ihre Anliegen in Bezug auf die oben genannten Regierungsdokumente durchsetzen – so erreichten sie u.a. eine Aufnahme von Leader-

Programmen in das operationelle Programm, sowie eine Ausweitung bzw. Aufnahme der Agro-Umweltprogramme zu erreichen.

Das FAOW führte u.a. maßgeblich vom Kooperations-Fonds (Fundusz Współpracy) finanzierte Schulungen für ModeratorInnen in Leader-Prozessen durch. Diese sollen die künftige Verwendung dieser stark auf partnerschaftliche, lokale Prozesse ausgerichteten EU-Mittel ermöglichen bzw. verstärken.

Das polnische „Forum zur Aktivierung der ländlichen Gebiete“ ist Mitglied des europaweiten Netzwerks „Prepare“ (Pre-Accession Partnerships for Rural Europe, www.preparenetwork.org) das ein Forum für Austausch und gemeinsame Aktivitäten im Bereich ländliche Entwicklung darstellt. Auch darüber hinaus findet langsam zunehmender Austausch zwischen polnischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und westeuropäischen Partnerorganisationen statt, wobei der deutsch-polnische Austausch in diesem Bereich bisher eher gering zu sein scheint.

ANHANG 1: CHRONOLOGISCHE ÜBERSICHT DER WICHTIGSTEN EREIGNISSE

13. Juni 2003	Konvent legt den Verfassungsentwurf vor
26. Juni 2003	Agrarministerrat einigt sich auf Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik
3. September 2003	polnische Truppen übernehmen eine der Stabilisierungszonen im Irak
6.-7. September 2003	Gründungskongress der polnischen „Grünen 2004“
4. Oktober 2003	Regierungskonferenz in Rom, Debatte über die EU-Verfassung
13. Dezember 2003	Europäischer Rat in Brüssel, Einigung an der Verfassung scheitert u.a. an Uneinigkeit über die Nizza-Formel
20.-22. Februar 2004	Gründungskongress der „Europäischen Grünen Partei in Rom
1.-2. März 2004	Fachtagung der EP-Grünen in Warschau
11. März 2004	Terroranschlag in Madrid
23. März 2004	Besuch von Bundeskanzler Schröder in Warschau, in Vorbereitung auf den EU-Gipfel
26. März 2004	EU-Gipfeltreffen in Brüssel, Beschluss über baldige Einigung über die EU-Verfassung
26 März 2004	Spaltung der Partei SLD, ca. 30 führende Abgeordnete treten aus, und gründen SLDP (Sozialdemokratie Polens)
28.-30. April 2004	Regierungschef Miller kündigt Rücktritt zum 2. Mai 2004 an
1. Mai 2004	Europäisches Wirtschaftsforum in Warschau
2. Mai 2004	Beitritt Polens zur Europäischen Union
13. Juni 2004	Rücktritt der Regierung Miller; kommissarische Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Ministerpräsident Belka
18. Juni 2004	Wahlen zum Europäischen Parlament, Wahlbeteiligung: 20,7 Prozent
25. Juni 2004	Europäisches Gipfeltreffen in Brüssel Die Staats- und Regierungschefs einigen sich auf die erste europäische Verfassung. Ministerpräsident Marek Belka wird vom Sejm in einer Vertrauensabstimmung in seinem Amt bestätigt

ANHANG 2: AKTIVITÄTEN DES LÄNDERBÜROS POLEN (VERANSTALTUNGEN; BESUCHE)

- 1. „EU Accession and Agriculture: Making CAP Work for People and the Environment“**
 - 6.-8.11.2003, Krakau, Polen
 - Internationale Konferenz, durchgeführt in Zusammenarbeit mit „Friends of the Earth Europe“ und „Polski Klub Ekologiczny“
- 2. „EU-25 Energieversorgungspolitik: ein NGO-Strategieworkshop“**
 - 13.-14.11.2003, Warschau, Polen
 - Fachtagung und öffentliche Diskussion ,
 - in Zusammenarbeit mit WWF Polen
- 3. „Politik und Geschlecht“ versus „Geschlechterpolitik“**
 - 1.03.2004, Warschau
 - Abendveranstaltung im Rahmen des „Enlarged Bureau“ Fachtagung der polnischen und europäischen „Grünen“ (1-2. 03. 2004)

4. „Heinrich Böll: Leben und Werk“ – Veranstaltungsreihe Warschau

- 2.04.2004 – öffentliche Podiumsdebatte (Auftaktveranstaltung) „Einmischung Erwünscht Eröffnung“
- 2.-24.04.2004 – Ausstellung
- 2.-6.04.2004 – Filmfestival
- 3.04.2004 – Literaturwissenschaftliches Seminar „Moral, Esthetik, Politik“
- in Zusammenarbeit mit GI (Warschau), Heinrich-Böll-Archiv (Köln), DAAD (Warschau), Polnische Nationalbibliothek und Polnische Nationalfilmothek
- Programm der Veranstaltungen auf www.boell.pl
- in Zusammenhang mit den Veranstaltungen wurde die polnische Version des Ausstellungskatalogs sowie die Buchpublikation „Heinrich Böll und Polen“ herausgegeben

Eröffnung der Ausstellung „Heinrich Böll – Leben und Werk“, Warschau 2. April 2004:



5. „Women’s Parliament. Women in the election to the European Parliament in 2004“

- 14.04.2004 – Internationale Konferenz in Prag/ Tschechische Republik
- 19.04.2004 – Internationale Konferenz in Warschau / Polen
- 18.05.2004 – Internationale Konferenz in Bratislava /Slowakische Republik
- Auftaktveranstaltungen zur Eröffnung MOE-Kampagne zu EP-Wahlen: „ Give women the voice“,
- die Konferenzen in Prag und Warschau wurden in Zusammenarbeit mit „Gender Studies“ (Prag), „OSKA“ (Warschau), ASPEKT (Bratislava) organisiert

6. Treffen mit der Landtagsfraktion der Grünen aus Schleswig-Holstein

- 15.04.2004, Warschau
- Vorstellung der Arbeit des Warschauer Büros

7. Besuch der Fraktionsvorsitzenden der Grünen (Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager)

- 20.04.2004, Warschau
- Runder Tisch mit VertreterInnen der polnischen Zivilgesellschaft, organisiert in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft

8. „Europa für BürgerInnen?“

- 25.05.2004 – Internationale Konferenz
- in Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro des Europarates / Warschau
- Programm der Veranstaltung: www.boell.pl

9. Begegnungsreise / Förderkreis der Heinrich-Böll-Stiftung

- 18.-25. Juli Warschau, Krakau, Breslau
- in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin